Ressort: Auto/Motor

Studie: Flottengrenzwertregelungen reichen nicht aus

Berlin, 21.02.2018, 18:23 Uhr

GDN - Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Flottengrenzwertregelungen für Pkw für die Zeit zwischen 2021 und 2030 reichen laut einer Studie bei weitem nicht aus, um die deutschen Klimaschutzziele im Verkehrssektor zu erreichen. Es bedürfe einer "deutlich ambitionierteren Ausgestaltung" der CO2-Flottenregulierung, um die "Klimaschutzlücke" zu verkleinern, heißt es in der Erhebung des Thinktanks "Agora Verkehrswende", über die das "Handelsblatt" berichtet.

Nach den Plänen der Brüsseler Behörde sollen die CO2-Emissionen neuer Pkw bis zum Jahr 2025 um 15 Prozent und bis 2030 um 30 Prozent im Vergleich zum Zielwert des Jahres 2021 von 95 Gramm CO2-Ausstoß je Kilometer sinken. Hersteller mit einem hohen Anteil emissionsfreier Fahrzeuge erhalten einen besonderen Bonus. Die CO2-Flottenregulierung habe nur bei einer "deutlich ambitionierteren Ausgestaltung das Potenzial, bis zu 20 Millionen Tonnen CO2 einzusparen". Die Autoren der Studie gehen dabei davon aus, dass die Produktionsziele vieler Autohersteller für emissionsfreie Fahrzeuge weitreichender seien als dies im Entwurf der Kommission unterstellt werde. Die deutschen Klimaschutzziele sind im "Klimaschutzplan 2050" festgelegt, auf den der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD ausdrücklich Bezug nimmt. Laut Klimaschutzplan sollen die CO2-Emissionen des Verkehrssektors von rund 166 Millionen Tonnen bis 2030 um 40 bis 42 Prozent reduziert werden. Demnach müssten 70 Millionen Tonnen eingespart werden. Nach Berechnungen von Agora Verkehrswende bringt die von der EU-Kommission Ende 2016 vorgeschlagene Neuregelung der CO2-Flottenregulierung in ihrer jetzigen Form nur Einsparungen von 3,5 Millionen Tonnen, also viel zu wenig, um die Reduktionsziele des "Klimaschutzplans 2050" zu erreichen Für den Fall, dass der Vorschlag der EU-Kommission nicht deutlich verschärft wird, halten die Agora-Gutachter "viele weitere wirkungsmächtige nationale Maßnahmen" für unvermeidbar. Dazu zählen sie "eine spürbare Erhöhung der Mineralölsteuer", eine "wirksame Reform der Kfz- oder Dienstwagenbesteuerung und eine fahrleistungsabhängige Pkw-Maut". Allerdings räumen die Gutachter ein, für diese Maßnahmen fehle "aus heutiger Sicht der politische Konsens".

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-102437/studie-flottengrenzwertregelungen-reichen-nicht-aus.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com

www.gna24.com